

Info B Reg
zum Termin
09/09

IA 9700
525510

ig Köln
präsident



uss KSL"

Datum: 01.07.2009
Seite 15 von 18

Gemäß den Ansätzen 2009 beläuft sich die Nettobelastung des Haushalts auf 8.493.250 €, das entspricht einer Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um 325.100 €. Der bisherige Deckel wird daher entsprechend abgesenkt.

Mit Schreiben vom 19.02.2009 hat die eigenbetriebsähnliche Einrichtung zu dem von mir erbetenen Konsolidierungskonzept Stellung genommen.

Die dortigen Ausführungen habe ich zur Kenntnis genommen. Unabhängig davon halte ich es weiterhin für erforderlich, für die weitere Rückführung des Zuschusses aus dem städtischen Haushalt ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Ich verweise insofern auch ausdrücklich auf die Hinweise und Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt (s. a. Nr. 7) und bitte, diese entsprechend zu bewerten und in ein Konzept einzuarbeiten.

In diesem Zusammenhang bitte ich insbesondere auch auf eine mögliche Neuausrichtung von Einrichtungen (Stichwort: Standardreduzierung, Gebührenanpassung) einzugehen. Als einen Beitrag zur Rationalisierung und Effizienzsteigerung der Einrichtung begrüße ich ausdrücklich die vorgesehene Einführung der RFID-Technologie, die vom Land mit einem Zuschuss von 100.000,00 € gefördert wird.

Im Übrigen sind - auch und gerade im Kulturbereich - selbstverständlich weiterhin alle Möglichkeiten zur Kooperation mit benachbarten Kommunen zu prüfen.

7. überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Nach Abschluss der Prüfung durch die Verwaltung, spätestens zeitgleich mit der Einbringung des Haushalts 2010, bitte ich um Vorlage einer begründeten inhaltlichen Stellungnahme zu den Ergebnissen der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt.

Die GPA hat im Einzelnen folgende Einsparpotenziale benannt:

- Teilbericht Finanzen:	3.410 T €
- Teilbericht Innere Verwaltung:	508 T €
- Teilbericht Jugend:	2.611 T €

①

T. Reut

12/09

Mun

Reut

h. J. S. S.

Bezirksregierung Köln
Der Regierungspräsident



- Teilbericht Soziales:	383 T €
- Teilbericht Gebäudewirtschaft:	8.108 T €
- Teilbericht Infrastruktur (Park- und Gartenanlagen)	1.101 T €
- Teilbericht Infrastruktur (Straßenbeleuchtung)	26 T €
- Teilbericht Gesundheitsdienst:	641 T €
- Teilbericht Vermessung und Kataster:	173 T €
- Teilbericht Kultur:	1.460 T €
Summe:	18.421 T €

Datum: 01.07.2009
Seite 16 von 18

Ihrer Stellungnahme bitte ich eine entsprechend der Teilberichte der GPA gegliederte Übersicht beizufügen, aus der – haushaltsstellenscharf – die Höhe der in den jeweiligen Haushaltsjahren eingeplanten Konsolidierungsbeiträge zu entnehmen ist. Gründe für Abweichungen von den von der GPA benannten Beträgen bitte ich in jedem Einzelfall konkret zu begründen.

Das spätere Controlling muss einen transparenten Nachweis der Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzplanung beinhalten. Dies bitte ich bereits bei der Erarbeitung der Übersicht zu berücksichtigen.

8. Gestaltung des HSK

Basis für das Haushaltssicherungskonzept 2008 und die Fortschreibung 2009 war – wie in den Vorjahren – die sukzessive Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens.

Da die Beschlussvorlage auf dem Stand der Einbringung des Haushalts basierte, bitte ich zu veranlassen, dass der Rat in seiner nächsten Sitzung einen Beitrittsbeschluss zu dem gemäß Satzungsbeschluss 2009 aktualisierten Haushaltssicherungskonzept (Bestandteil Kienbaum-Gutachten) fasst und eine gemäß der abschließenden Entwurfsfassung der Eröffnungsbilanz aktualisierte Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals zur Kenntnis nimmt.

Die Beschlussvorlage beinhaltete darüber hinaus verschiedene Prüfaufträge an die Verwaltung „zur Analyse der finanziellen, personellen und organisatorischen Synergien und Möglichkeiten sowie der haushalts- und gesellschaftsrechtlichen Abhängigkeiten“.

Ich bitte Sie vierteljährlich, erstmals zum 30.09.2009, um Bericht zum Stand der Prüfung der einzelnen Punkte.

Datum: 01.07.2009
Seite 17 von 18

Ergänzende Erläuterungen zum Haushaltssicherungskonzept unter Berücksichtigung der Vorgaben des Leitfadens haben Sie nachgereicht.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Befassung mit dem Ergebnis der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt erwarte ich mit der Vorlage der Haushaltssatzung 2010 ein den Anforderungen des § 5 GemHVO und des Leitfadens des Innenministeriums entsprechendes Haushaltssicherungskonzept, das insgesamt als Bestandteil des Haushalts 2010 vom Rat beschlossen wird.

Abweichungen von den Orientierungsdaten, die sich in der Finanzplanung zu Gunsten der Stadt auswirken, bitte ich künftig unaufgefordert detailliert zu begründen.

Ich weise bereits an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass mir eine abschließende Prüfung und Beurteilung des Haushalts 2010 erst nach Vorlage aller erforderlichen Unterlagen möglich sein wird.

9. Zeitpunkt der Vorlage des Haushalts

Ich bitte künftig darauf hinzuwirken, dass mir die vom Rat beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen, also einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes, unter Beachtung von § 80 Abs. 5 Satz 2 GO NRW spätestens Ende November, d.h. einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres, vorgelegt wird.

10. ergänzende Hinweise

Die mir vorliegenden Unterlagen zum Haushalt 2009 machen einmal mehr deutlich, dass mit einer Konsolidierung der städtischen Finanzen auf absehbare Zeit nicht zu rechnen ist. In Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Lage ist tendenziell eher noch mit einer Verschärfung der Defizitentwicklung zu rechnen.

Auch vor diesem Hintergrund halte ich es für nicht akzeptabel, dass Sie in der Finanzplanung zum Teil (z.B. bei der Entwicklung der Erträge aus Gewerbesteuerzahlungen und Schlüsselzuweisungen) deutlich zu Gunsten der Stadt von den Orientierungsdaten abweichen.

Die auf der Basis des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2009 errechnete Eigenkapitalreichweite für die Stadt Leverkusen beträgt nur